# Niederschrift
# (öffentlicher Teil)

über die 30. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vom 06.05.2014

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Anton Holz

Die Sitzung ist um 17:00 Uhr mit der Besichtigung des städtischen Bauhofgeländes, Werner-von-Siemens-Str. 9, 59348 Lüdinghausen begonnen worden. Danach hat ein Ortswechsel stattgefunden, und die Sitzung wurde um 18:00 im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, fortgesetzt.

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:40 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung*:*

Öffentlicher Teil:

1. Besichtigung des städtischen Bauhofes
   Vorlage: FB 3/950/2014
2. Anlegung eines Fuß- und Radwges entlang der Dattelner Straße / B 474
   hier: Vorstellung der Entwurfsplanung
   Vorlage: FB 3/972/2014
3. Schäden an den öffentlichen Verkehrsflächen im Baugebiet Rott-Nord
   Vorlage: FB 3/951/2014
4. Bürgerantrag vom 10.02.2014 zur Thematik "Ergreifung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadt Lüdinghausen zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Parklandschaft und der Artenvielfalt"
   Vorlage: FB 3/971/2014
5. Verlängerung des Fußweges an der Kastanienallee
   Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 12.04.2014
   Vorlage: FB 3/973/2014
6. Anbindung des Radweges am westlichen Kanalseitenweg an die B 235 in Höhe der Karl-von-Hartmann Brücke
   Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 12.04.2014
   Vorlage: FB 3/975/2014
7. Einrichtung eines Kreisverkehres an der Kreuzung Halterner Str. / Kastanienallee / Reckelsumer Str.
   Fraktionsantrag der CDU Fraktion vom 12.04.2014
   Vorlage: FB 3/976/2014
8. Straßenendausbau in Neubaugebieten
   Fraktionsantrag der SPD vom 21.04.2014
   Vorlage: FB 3/977/2014
9. Berichte

9.1. Bauliche Umgestaltung der B 235 / Olfener Straße (Teilabschnitt vom Kreuzungsbereich Bahnhofstraße bis Einmündung Telgengarten)
   hier: Stellungnahme des Landesbetriebs Straßen NRW zu den zu der Baumaßnahme eingegangenen Anträgen
   (Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 23.01.14 und Bürgerantrag vom 14.02.2014)
   Vorlage: FB 3/980/2014

10. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

11. Villa Westerholt, Freiheit Wolfsberg 2, 59348 Lüdinghausen;
    Brandschutztechnische Sanierung -
    hier: Auftragsvergabe über die Rohbauarbeiten
    Vorlage: FB 2/590/2014

11.1. Villa Westerholt, Freiheit Wolfsberg 2, 59348 Lüdinghausen;
    - Brandschutztechnische Sanierung -
    hier: Auftragsvergabe über die Rohbauarbeiten
    Vorlage: FB 2/590/2014/1

12. Bericht über vom Bürgermeister erteilte Einvernehmen im Baugenehmigungsverfahren
    Vorlage: FB 3/974/2014
13. Berichte
14. Anfragen

**Öffentlicher Teil:**

**TOP 1) Besichtigung des städtischen Bauhofes**
**Vorlage: FB 3/950/2014**

Der Leiter des städtischen Bauhofes, Herr Hettwer, erläutert den Ausschussmitgliedern im Rahmen einer gemeinsamen Betriebsbesichtigung die technische Ausstattung des Bauhofes sowie die Arbeitsabläufe der Bauhofmitarbeiter.
Auch die abgängige Salzlagerhalle wird besichtigt. Herr Hettwer zeigt auf, dass es wirtschaftlicher und arbeitserleichternd sei, statt eines neuen Ersatzgebäudes, ein weiteres Salzsilo aufzustellen. Diese Vorgehensweise biete den Vorteil, dass die Winterdienstfahrzeuge zukünftig leichter, ohne Einsatz eines Radladers, befüllt werden könnten. Auch sei es sodann möglich, über eine Waage die genauen Salzentnahmen zu ermitteln.

Ausschussvorsitzender Holz bittet Herrn Hettwer, den Bauhofmitarbeitern im Namen des Ausschusses seinen Dank für die hervorragenden Arbeitsleistungen zu übermitteln.

**Beschluss:**
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 2) Anlegung eines Fuß- und Radweges entlang der Dattelner Straße / B 474**
**hier: Vorstellung der Entwurfsplanung**
**Vorlage: FB 3/972/2014**

Ausschussvorsitzender Holz begrüßt Herrn Dipl. Ing. Elkendorf vom Ingenierbüro Gnegel, der den Ausschussmitgliedern anhand des als Anlage 1) beigefügten Vortrages die derzeitige Verkehrssituation aufzeigt sowie die geplante Baumaßnahme detailliert erläutert.
Er macht deutlich, dass die Anlegung einer Querungshilfe auf Wunsch des Landesbetriebes erfolge. Dieser übernehme erfahrungsgemäß auch die hierfür anfallenden Kosten.

Des Weiteren führt Herr Elkendorf aus, dass für die Umsetzung Teilflächen aus den angrenzenden privaten Grundstücken erworben werden müssten. Aufgrund der Breite des neu anzulegenden Fuß- und Radweges sei darüber hinaus auch die Fällung von 8 Bäumen erforderlich.
Die komplette Baumaßnahme (einschließlich der Bushaltestelle) werde barrierefrei, entsprechend dem vom Landesbetrieb Straßen NRW herausgegebenen Leitfaden gestaltet.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Stv. Tüns bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion für die Erarbeitung der Ausbauplanung und begrüßt, dass Einvernehmen mit den Anliegern bezüglich der Veräußerung der benötigten Grundstücksflächen erzielt werden konnte.
Er führt aus, dass der Bereich, im dem die Anlegung des Fuß- und Radweges nunmehr geplant sei, insbesondere von älteren Menschen stark frequentiert werde. Die gefährlichen und problematischen Querungsstellen könnten mit Umsetzung der Baumaßnahme nunmehr beseitigt werden.

SkB. Havermeier begrüßt ebenfalls die Umsetzung der vorgesehenen Baumaßnahme. Er regt an, einen markierten Schutzstreifen für Radfahrer anzulegen, und zwar in dem Übergangsbereich, in dem der Fuß- und Radweg endet und der Radfahrer infolgedessen auf die Fahrbahn wechseln muss.

Stv. Guntermann befürwortet grundsätzlich die Anlegung des geplanten Fuß- und Radweges, sieht jedoch den Bereich, in dem der Radfahrer auf die Fahrbahn einfädeln muss, insbesondere für Kinder als sehr gefährlich an. Sie regt an, die Fahrbahnbreite derart zu verringern, dass die Anlegung eines Schutzstreifens möglich wird. Darüber hinaus sieht sie es als problematisch an, dass insgesamt 8 Bäume gefällt werden sollen.

Stv. Berau schließt sich der Aussage von Stv. Guntermann dahingehend an, dass auch er die vorgesehenen Baumfällungen bedauert.

Herr Elkendorf erläutert, dass die Anbringung von Blockmarkierungen im Bereich der Querungshilfe nicht zulässig sei. Darüber hinaus sei der nach Aufweitung der Fahrbahn verbleibende Bereich nicht breit genug, um einen gesonderten Schutzstreifen für Radfahrer auf die Fahrbahn aufzubringen. Eine Verringerung der Fahrbahnbreite sei nicht möglich, da die Querungshilfe auch für größere (oftmals landwirtschaftliche) Fahrzeuge passierbar sein müsse. Eine Reduzierung der Durchfahrtsbreite führe erfahrungsgemäß dazu, dass verstärkt Beschädigungen an der baulichen Einfassung der Querungshilfe entstehen.

Stv. Ernst zeigt auf, dass radfahrende Kinder bis zum Alter von 10 Jahren berechtigt seien, den Fußweg zu benutzen.

Herr Steenweg gibt zu bedenken, dass ein Großteil der zu entfernenden Bäume bereits beschädigt sei. Darüber hinaus würden die vorhandenen Kantensteine teilweise schon durch Baumwurzeln angehoben.
Ersatzanpflanzungen seinen aufgrund der geringen Breite des zur Verfügung stehenden Pflanzstreifens nicht möglich.

Ausschussvorsitzender Holz macht deutlich, dass er es für zwingend erforderlich halte, eine Querungshilfe in Höhe des Friedhofseinganges anzulegen. Er weist darauf hin, dass viele ältere Bewohner des Schwesternheimes auf diese Querung angewiesen seien, um gefahrlos zu dem Friedhof zu gelangen. Die Zurücklegung eines (für ältere Menschen) weiten Fußweges bis hin zur Fußgängerampel, um die Fahrbahn an dieser Stelle queren zu können, sei den Schwestern nicht zuzumuten.

Stv. Dr. Wischnewski unterstützt die Umsetzung der Baumaßnahme, einschließlich den Bau der für die Bewohner des Schwesternheimes sehr wichtigen Querungshilfe.
Er bringt zum Ausdruck, dass er zusätzlich eine durchgängige Schaltung der sich im weiteren Verlauf der „Dattelner Straße“ befindlichen Ampelanlage sowie verstärkt durchgeführte Kontrollen für erforderlich halte, um sicherzustellen, dass die für diesen Bereich festgesetzte Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h auch tatsächlich eingehalten werde.

SkB. Havermeier bittet zu überprüfen, ob die Möglichkeit besteht, größere Grundstücksflächen von den angrenzenden privaten Eigentümern zu erwerben, um ein Einfädeln der Radfahrer auf die Fahrbahn zu optimieren.

Ausschussvorsitzender Holz macht deutlich, dass bereits seit längerer Zeit Grunderwerbesverhandlungen mit den Grundstückseigentümern geführt würden. Es sei nunmehr eine Kompromisslösung dahingehend gefunden worden, dass die vorgestellte

Planung von den Eigentümern mitgetragen werde. Diese hätten jedoch deutlich signalisiert, dass keinerlei Bereitschaft bestehe, hierüber hinausgehende Flächen zu veräußern.

**Beschluss:**
Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der erarbeiteten Entwurfsplanung. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Abstimmungsgespräche mit dem Landesbetrieb Straßen NRW bzw. den Grundstückseigentümern zu führen, um die Baumaßnahme zeitnah umsetzen zu können.

| | |
|---|---|
| Ja-Stimmen: | 18 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 2 |

**TOP 3) Schäden an den öffentlichen Verkehrsflächen im Baugebiet Rott-Nord**
**Vorlage: FB 3/951/2014**

Ausschussvorsitzender Holz weist auf die bisherige Beratungsfolge hin und begrüßt Herrn Dipl. Ing. Dieker. Dieser zeigt einführend anhand aktueller Fotos nochmals die vorhandenen Schäden auf.

Herr Dieker verdeutlicht anhand des als Anlage 2) beigefügten Vortrages, dass Schäden insbesondere in den Bereichen vorhanden seien, wo die Frequentierung durch Fahrzeugverkehr sehr groß sei. Es handle sich hierbei vorrangig um die Wohnsammelstraßen.
Die einzelnen Stichstraßen, die verkehrlich in einem weitaus geringeren Maß in Anspruch genommen würden, befänden sich hingegen noch in einem Zustand, welcher es nicht zwingend erforderlich mache, diese Flächen sofort und vollständig zu sanieren. Er sehe es aus wirtschaftlichen Gründen als ausreichend und angemessen an, in diesen weniger frequentierten Bereiche lediglich punktuell Unterhaltungsmaßnahmen durchzuführen, um die Verkehrssicherheit weiterhin zu gewährleisten.

Herr Dipl. Dieker zeigt auf, dass er unter Berücksichtigung der technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte grundsätzlich zwei Bauweisen als geeignet ansehe, die in den Wohnsammelstraßen vorhandenen Schäden zu sanieren.
Möglich sei zum einem eine standardisierte Bauweise mit einer Asphaltdeckschicht. Alternativ sei eine Bauweise mit einer Pflasterdecke im Spezialverfahren (ECOPREC-Verfahren der SF-Kooperation) vorstellbar.
Bei beiden Varianten sei die Ableitung des Oberflächenwassers sehr wichtig. Aus diesem Grund seien in den Bereichen, in denen eine vollständige flächendeckende Sanierung durchgeführt werden soll, auch zwingend die Entwässerungsrinnen zu erneuern.

Herr Dieker zeigt im Anschluss (anhand des als Anlage beigefügten Vortrages) die Vor- und Nachteile sowie die Baukosten beider Sanierungsalternativen auf.
Herr Dipl. Ing. Dieker spricht die Empfehlung aus, die Sanierung durch Aufbringung einer Asphaltdeckschicht durchzuführen. Gegen die Alternative „Pflasterung im ECOPREC-Verfahren“ spreche insbesondere, dass es sich bei dieser Vorgehensweise um kein allgemein anerkanntes Verfahren handle und innerhalb von Deutschland auch noch keine gesicherten Langzeiterfahrungen in Bezug auf die Haltbarkeit vorlägen. Der Vorteil dieses Verfahrens läge lediglich darin, dass eine gestalterische Anpassung an den Bestand besser umzusetzen sei als bei einer Asphaltbauweise.

Er weist jedoch auch darauf hin, dass heutzutage technische Möglichkeiten beständen, auch eine aufzubringende Asphaltdecke so zu gestalten, dass sich deren Farbe und Struktur der bereits vorhandenen Straßenpflasterung weitestgehend annähere. Für eine Asphaltbauweise würden darüber hinaus insbesondere auch die geringeren Sanierungskosten sprechen.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

SkB. Havermeier schließt sich der Empfehlung von Herrn Dipl. Ing. Dieker dahingehend an, dass der Einsatz des ECOPREC-Verfahrens im Baugebiet Rott-Nord nicht ausprobiert werden sollte. Es handle sich bei dieser Alternative um ein Verfahren, welches sich noch nicht etabliert habe. Er weist darauf hin, dass er von Anliegern Rückmeldungen dahingehend erhalten habe, dass eine Sanierung in Asphaltbauweise unter optischen Gesichtspunkten nicht als optimal angesehen werde.

Stv. Tüns hält eine ausreichende Einbindung der betroffenen Anlieger für wichtig. Den Anwohnern sollten nicht noch mehr Belastungen zugemutet werden. Mit einer Asphaltierung seien auf jeden Fall gestalterische Einschnitte verbunden.

Stv. Dr. Wischnewski spricht sich - vor dem Hintergrund, dass in letzter Zeit verstärkt Pflasterschäden in Wohngebieten aufgetreten seien – dafür aus, der fachlichen Empfehlung von Herrn Dieker zu folgen.

SkB. Barendregt und Stv. Schulze Uphoff befürworten ebenfalls eine Sanierung durch Aufbringung einer Asphaltdeckschicht.

SkB. Havermeier regt an, im Zuge der Sanierungsmaßnahme Leerrohre für eine spätere Breitbandverkabelung mit zu verlegen.
Herr Herrmann weist darauf hin, dass dieses nicht möglich sei, da die Auskofferung der Straße nicht in einer für die Verlegung ausreichenden Tiefe erfolgen werde.
Darüber hinaus erklärt er auf Anfrage von skB. Havermeier, dass in den vorgestellten Kostenschätzungen noch keine (Kosten verringernden) Zahlungseingänge berücksichtigt worden seien, welche im Falle der erfolgreichen Geltendmachung bestehender Forderungen eventuell noch eingingen.
Bürgermeister Borgmann weist ergänzend darauf hin, dass die ausführende Baufirma Insolvenz angemeldet habe und dass die Stadt Lüdinghausen ihre Forderungen im Rahmen des Insolvenzverfahrens angemeldet habe.

Ausschussvorsitzender Holz bringt zum Ausdruck, dass die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Sanierungsarbeiten in Form einer Rückstellung für unterlassende Instandhaltungen bereit gestellt worden seien. Abschließend bringt er zum Ausdruck, dass auch er - aufgrund der nicht ausreichenden Gewährleistungsansprüche - eine Sanierung im ECOPREC-Verfahren nicht mittrage.

**Beschluss:**
Der Ausschuss spricht sich dafür aus, die Sanierung der Wohnsammelstraßen in einer Bauweise mit Aufbringung einer Asphaltdeckschicht (Guss-Asphalt-Bauweise) auszuführen. Die Umsetzung der Baumaßnahme soll in fachlicher Abstimmung mit Herrn Dipl. Ing. Dieker erfolgen.
Der aufzubringende Asphalt soll farblich und strukturell dahingehend ausgewählt werden, dass eine größtmögliche optische Angleichung an die bestehende Straßengestaltung erreicht wird.

| | |
|---|---|
| Ja-Stimmen: | 18 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 2 |

**TOP 4) Bürgerantrag vom 10.02.2014 zur Thematik "Ergreifung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadt Lüdinghausen zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Parklandschaft und der Artenvielfalt"**
**Vorlage: FB 3/971/2014**

Ausschussvorsitzender Holz weist einführend darauf hin, dass der zu beratende Bürgerantrag sowohl dem Kreis Coesfeld als auch allen kreisangehörigen Kommunen zugeleitet worden sei.

Herr Steenweg verdeutlicht anhand des als Anlage 3) beigefügten Vortrages die in den letzten Jahren konkret umgesetzten Maßnahmen (u.a. Anlegung von Obstbaumwiesen, Extensivflächen, Kopfweidenanpflanzungen sowie Wildhecken).

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Der Ausschussvorsitzende stellt heraus, dass durch den Vortrag deutlich geworden sei, welche Bemühungen die Stadt Lüdinghausen bereits seit längerer Zeit unternehme, um die Artenvielfalt bzw. die Parklandschaft zu erhalten.

SkB. Bierschenk regt an, die Anlieger der an extensiv bewirtschaftete Flächen angrenzenden Wohngebiete in Form eines Flyers über die Hintergründe einer nicht regelmäßigen Maht zu informieren. Er halte diese Maßnahme für geeignet, um die Akzeptanz der Anlieger für einen extensiven Pflegestandard zu erhöhen.
Darüber hinaus sehe er es als sinnvoll und zielführend an, dass sich auch die Stadt Lüdinghausen an dem zu dieser Thematik vorgesehenen „Runden Tisch“ beteilige, welcher kreisweit eingeführt werden solle.

Ausschussvorsitzender Holz informiert darüber, dass der „Runde Tisch“ durch den Umweltausschusses des Kreises Coesfeld initiiert worden sei. Es sei vorgesehen, alle Akteure, die Flächenbewirtschaftungen im Kreisgebiet durchführen (u.a. alle Kommunen, Landesbetrieb Straßen NRW, Wasserstraßenneubauamt, Vertreter der Landwirte) an diesen Gesprächen zu beteiligen, um eine einheitliche Vorgehensweise der Bewirtschaftung und des Pflegestandards von Grünflächen abzustimmen.

**Beschluss:**
Der Ausschuss nimmt Kenntnis von den bereits durchgeführten sowie zukünftig geplanten Maßnahmen zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Münsterländer Parklandschaft und der Artenvielfalt. Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig weitere zielgerichtete Maßnahmen umzusetzen bzw. diese zu intensivieren.

| | |
|---|---|
| Ja-Stimmen: | 19 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

Hinweis:
Stv. Reismann befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Ausschusszimmer und hat nicht an der Abstimmung teilgenommen.

**TOP 5) Verlängerung des Fußweges an der Kastanienallee**
**Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 12.04.2014**
**Vorlage: FB 3/973/2014**

Stv. Höring erläutert einführend den Inhalt des Fraktionsantrages. Er stellt heraus, dass es Intention der CDU-Fraktion sei, die Verkehrssicherheit im Bereich der Kastanienallee - insbesondere für Schulkinder - bereits vor einem endgültigen Straßenausbau zu erhöhen.
Die CDU-Fraktion halte eine kurzfristige Lösung für erforderlich.

Bürgermeister Borgmann berichtet, dass derzeit Grunderwerbsverhandlungen geführt würden, mit dem Ziel, eine optimale Lösung für diesen Bereich zu erreichen. Falls ein Flächenerwerb nicht realisiert werden könne, sei eine Fortführung des im nördlichen Bereich der Kastanienallee bereits angelegten Provisoriums vorgesehen.

SkB. Fichtner hält es für erforderlich, im Bereich der Kastanienallee ein Halte- bzw. Parkverbot anzuordnen, um die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu erhöhen.
Bürgermeister Borgmann sagt eine Prüfung, in Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde des Kreises Coesfeld zu.

**Beschluss:**
Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, welche Möglichkeiten bestehen, den bereits vorhandenen Fußweg bis hin zur Halterner Straße zu verlängern.

| | |
|---|---|
| Ja-Stimmen: | 20 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

**TOP 6) Anbindung des Radweges am westlichen Kanalseitenweg an die B 235 in Höhe der Karl-von-Hartmann Brücke**
**Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 12.04.2014**
**Vorlage: FB 3/975/2014**

Stv. Tüns erläutert den von der CDU-Fraktion gestellten Antrag.

Ausschussvorsitzender Holz berichtet, dass er von einem Anlieger angesprochen worden sei, der ihm einen geeigneten alternativen Vorschlag zur Lösung der Problematik unterbreitet habe. Er werde diese Anregung an die Verwaltung weiterleiten, damit diese die weitere Vorgehensweise mit dem Anlieger abstimmen könne.

Stv. Breuer weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion die in dem Fraktionsantrag thematisierte Problematik schon mehrfach angesprochen habe. Die SPD-Fraktion würde es sehr befürworten, wenn nunmehr eine Lösung für dieses Problem gefunden werden

könne.

**Beschluss:**
Die Verwaltung wird beauftragt, die im Fraktionsantrag geforderte Querung in Abstimmung mit dem zuständigen Wasserschifffahrtsamt in Rheine anzulegen.

| | |
|---|---|
| Ja-Stimmen: | 20 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

**TOP 7) Einrichtung eines Kreisverkehres an der Kreuzung Halterner Str. / Kastanienallee / Reckelsumer Str.**
**Fraktionsantrag der CDU Fraktion vom 12.04.2014**
**Vorlage: FB 3/976/2014**

Stv. Ernst erläutert einführend den Inhalt des von der CDU-Fraktion gestellten Antrages.

SkB. Barendregt regt an, statt der Anlegung eines (Mini)Kreisverkehres eine Rechts-vor-Links-Vorfahrtsregelung im Kreuzungsbereich vorzusehen, mit ergänzender Aufbringung von Haltelinienmarkierungen auf der Fahrbahn. Aus seiner Sicht stelle diese Vorgehensweise eine ebenfalls geeignete, aber weitaus kostengünstigere Variante dar.

Stv. Dr. Wischnewski berichtet, dass er selbst die Erfahrung gemacht habe, dass insbesondere im dem Richtung Sportplatz verlaufenden Straßenabschnitt mit sehr hoher Geschwindigkeit gefahren werde.
Gleichwohl halte er die Errichtung eines (Mini)Kreisverkehres nicht für zielführend, da er davon ausgehe, dass dieser von den Verkehrsteilnehmern ignoriert und überfahren werde. Er regt an, alternativ Stopp-Schilder aufzustellen und die Einhaltung der angeordneten Vorfahrtsregelegung durch verstärkte Kontrollen zu überprüfen.

SkB. Havermeier schließt sich den Ausführungen von Stv. Dr. Wischnewski dahingehend an, dass auch er keine Akzeptanz der Verkehrsteilnehmer für ein vorschriftsmäßiges Durchfahren eines lediglich durch Fahrbahnmarkierungen kenntlich gemachten Kreisverkehres sehe.
Er halte zwingend bauliche Maßnahme - etwa in Form der Aufkantung oder Pflasterung des Innenkreisbereiches - für erforderlich, um die angestrebte Verkehrsberuhigung überhaupt erreichen zu können. SkB. Havermeier bittet die Verwaltung, die Prüfung nicht nur auf die Errichtung eines Kreisverkehres zu beschränken, sondern vielmehr auch andere, nicht-bauliche Lösungen mit einzubeziehen.

**Beschluss:**
Die Verwaltung wird beauftragt, die technische Umsetzbarkeit der geforderten Kreisverkehrseinrichtung einschließlich der entstehenden Kosten zu ermitteln. Darüber hinaus sollen auch alternative, nicht bauliche Maßnahmen überprüft werden, welche geeignet sind, zu einer Verkehrsberuhigung des Kreuzungsbereiches beizutragen.

| | |
|---|---|
| Ja-Stimmen: | 20 |
| Nein-Stimmen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

**TOP 8) Straßenendausbau in Neubaugebieten**
**Fraktionsantrag der SPD vom 21.04.2014**
**Vorlage: FB 3/977/2014**

Es besteht Einvernehmen darüber, dass die inhaltliche Beratung des Fraktionsantrages vertagt, und erst in einer Fachausschusssitzung der neuen Legislaturperiode erfolgen soll.
Die SPD-Fraktion erklärt sich ausdrücklich mit dieser Vorgehensweise einverstanden, insbesondere da derzeit keine Straßenendausbaumaßnahmen in Baugebieten anstehen.

**TOP 9) Berichte**

**TOP 9.1) Bauliche Umgestaltung der B 235 / Olfener Straße (Teilabschnitt vom Kreuzungsbereich Bahnhofstraße bis Einmündung Telgengarten)**
**hier: Stellungnahme des Landesbetriebs Straßen NRW zu den zu der Baumaßnahme eingegangenen Anträgen**
**(Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 23.01.14 und Bürgerantrag vom 14.02.2014)**
**Vorlage: FB 3/980/2014**

- siehe Anlage 4) -

**TOP 10) Anfragen**

Stv. Tüns weist darauf hin, dass sich auf dem Richtung „Neuer Sportplatz Seppenrade“ verlaufenden Fuß- und Radweg zwei Radfahrsperren befinden, welche für Fahrradfahrer nicht passierbar seien.

Die Verwaltung sage eine Überprüfung zu.

Stv. Ernst erkundigt sich, wann eine Ersatzanpflanzung für die im Bereich des Ahornweges gefällten 5 Bäume vorgesehen sei.

Herr Steenweg erläutert, dass vor Anpflanzung eine Vergrößerung der Straßenbeete erforderlich sei. Eine Umsetzung der Pflanzmaßnahme sei im Herbst dieses Jahres geplant.

Stv. Schulze Uphoff stellt in Frage, ob die derzeit durchgeführte Sanierung der Aabach-Brücke (im Bereich des zu sanierenden Wirtschaftsweges in Aldenhövel) in dem vorgesehenen Umfang erforderlich sei.

Herr Herrmann weist darauf hin, dass alle städtischen Brücken durch ein externes Fachbüro überprüft worden seien. Für jede einzelne Brücke sei auf Grundlage der aktuell zu berücksichtigenden Vorgaben eine konkrete Sanierungsmaßnahme empfohlen worden. Je nach Art des Weges seien unterschiedliche Anforderungen an die einzelnen Brücken zu stellen. Die Sanierung der Aabach-Brücke werde entsprechend der

gutachterlichen Empfehlung durchgeführt und sei fachlich auch erforderlich.
Ausschussvorsitzender Holz regt bezüglich der Sanierung des Wirtschaftsweges in Aldenhövel an, die Ausschreibung der Bauleistungen im Herbst dieses Jahres durchzuführen. Eine Ausführung solle auf Wunsch der Anlieger jedoch erst im Frühjahr 2015 erfolgen, um eine Winterbaustelle zu vermeiden.

Die Verwaltung sagt zu, den Baubeginn mit den Anliegern abzustimmen.

Stv. Schäpers erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Aufstellung der Skulptur „Geschichtenbaum“ auf dem Kreisverkehr „Bruno Kleine“.

Herr Steenweg berichtet, dass die erforderliche Nutzungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW abgeschlossen sei. Die Aufstellung der Skulptur könne durch die Fa. Polenz vorgenommen werden.

Stv. Schotte fragt an, wann mit einem Bau des Fuß- und Radweges entlang der B 474 zu rechnen sei.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass die Grunderwerbsverhandlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten. Einige Anlieger hätten noch Bedenken bezüglich einer Veräußerung der für den Bau benötigten Grundstücksflächen geäußert.

SkB. Havermeier verweist auf einen Zeitungsartikel, in dem angekündigt worden sei, dass die auf der „Stadtfeldstraße“ aufgestellten Freiburger Kegel durch den Kreis Coesfeld derart versetzt würden, dass der verbleibende Abstand zwischen den Kegeln von 3,50 m auf 3,00 m reduziert werde.

Herr Herrmann weist darauf hin, dass der derzeitige Abstand von 3,50 m zwingend erforderlich sei, damit auch landwirtschaftliche Fahrzeuge die „Stadtfeldstraße“ weiterhin befahren könnten.
Ausschussvorsitzender Holz ergänzt, dass die geplante Vorgehensweise des Kreises Coesfeld in der örtlichen Presse nicht richtig wiedergegeben worden sei. Die Versetzung der Kegel liege in der Zuständigkeit der Stadt Lüdinghausen als Baulastträger. Der Kreis Coesfeld habe lediglich einen politischen Beschluss in Bezug auf die Überwachung der verkehrsrechtlichen Anordnungen getroffen.

Darüber hinaus erkundigt sich skB. Havermeier, wann mit einer Inbetriebnahme des am Hallenbad geplanten BMX-Fahrradparcours zu rechnen sei.

Herr Herrmann erklärt, dass die Baugenehmigung zwar vorliege, aber mit einer Auflage versehen worden sei. Er gehe davon aus, dass eine bauliche Umsetzung erst im Laufe des Jahres 2015 möglich werde.

Auf Nachfrage von Stv. Breuer erklärt Bürgermeister Borgmann, dass es bezüglich des Pilgrim-Geländes keinen neuen Sachstand gebe.

| | |
|---|---|
| _____ | _____ |
| Anton Holz | Ellen Trudwig |
| Vorsitzende/r | Schriftführer/in |

# Anwesenheitsliste

**zur 30. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt**

**der Stadt Lüdinghausen am 06.05.2014**

**anwesend:**

**Bürgermeister**

| | |
|---|---|
| Borgmann, Richard<br>Bürgermeister | |

**CDU-Fraktion**

| | |
|---|---|
| Ernst, Wolfram | anwesend ab Top 2) |
| Holz, Anton | |
| Höring, Volker | Vertretung für Herrn Heinrich Horstmann |
| Kasberg, Bertholt | |
| Schäper, Gabriele | |
| Schotte, Irmgard | |
| Schulze Meinhövel, Anja | |
| Schulze Uphoff, Theo | |
| Tüns, Dieter | Vertretung für Herrn Norbert Breitbach<br>anwesend ab Top 2) |

**SPD-Fraktion**

| | |
|---|---|
| Barendregt, Kors | Vertretung für Herrn Artur Friedenstab<br>anwesend ab Top 2) |
| Breuer, Herbert | |
| Havermeier, Dirk | anwesend Top 1) bis Top 10) |

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

| | |
|---|---|
| Bierschenk, Bruno | |
| Guntermann, Christine | anwesend ab Top 2) |
| Wippich, Rainer | anwesend ab Top 2) |

**UWG-Fraktion**

| | |
|---|---|
| Berau, Jürgen | |
| Fichtner, Rüdiger | Vertretung für Herrn Markus Kehl |
| Wischnewski, Wolfgang Dr. | anwesend ab Top 2) |

**FDP-Fraktion**

| | |
|---|---|
| Reismann, Günter | |

| | |
|---|---|
| Wagner, Wilhelm | |

**von der Verwaltung**

| | |
|---|---|
| Herrmann, Björn Claas | |
| Hettwer, Werner | zu Top 1) |
| Klaas, Judith | |
| Steenweg, Heinz-Helmut | |
| Trudwig, Ellen | |

**Gäste**

| | |
|---|---|
| Dieker, Jürgen | zu Top 3) |
| Elkendorf, Rodegang | zu Top 2) |

**Entschuldigt:**

**CDU-Fraktion**

| | |
|---|---|
| Breitbach, Norbert | |
| Horstmann, Heinrich | |

**SPD-Fraktion**

| | |
|---|---|
| Friedenstab, Artur | |

**UWG-Fraktion**

| | |
|---|---|
| Kehl, Markus | |